

Beschlussprotokoll

5. (öffentliche) Sitzung

15.04.2024 von 10.00 Uhr bis 12.50 Uhr

Gründungszentrum „Startblock B2“
Siemens-Halske Ring 2,
03046 Cottbus/Chósebuz

Vorsitz:

Prof. Dr. Ulrike Liedtke
Präsidentin des Landtages Brandenburg
Cornelia Seibeld
Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

Protokoll:

Solveig Herrmannsen

anwesende Mitglieder:

Abgeordnetenhaus von Berlin:

Tuba Bozkurt (B90/GRÜNE) - stellv.

Dr. Kristin Brinker (AfD)

Dennis Buchner (SPD)

Stefan Häntsch (CDU)

Andreas Otto (B90/GRÜNE)

Carsten Schatz (Die Linke)

Mathias Schulz (SPD)

Stephan Schmidt (CDU)

Cornelia Seibeld (CDU)

Landtag Brandenburg:

Dr. Hans-Christoph Berndt (AfD)

Julian Brüning (CDU) - stellv.

Thomas Domres (Die Linke) - stellv.

Isabell Hiekel (B90/GRÜNE) - stellv.

Prof. Dr. Ulrike Liedtke (SPD)

Barbara Richstein (CDU)

Wolfgang Roick (SPD) - stellv.

Tagesordnung:

1. **Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Cottbus/Chósebuz**

2. **Zusammenarbeit in der Innovations- und Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg**

3. **Wassermanagement in Berlin – Brandenburg**

4. **Vorstellung des Finanzgerichts Berlin-Brandenburg**

5. **Verschiedenes**

Beschlüsse und Festlegungen:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die Vorsitzende Prof. Dr. Liedtke schlägt aus organisatorischen Gründen vor, Tagesordnungspunkt 3 vorzuziehen und unter Tagesordnungspunkt 2 zu beraten. Das Thema „Zusammenarbeit in der Innovations- und Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg“ wird danach als Tagesordnungspunkt 2 und das Thema „Wassermanagement in Berlin - Brandenburg“ als Tagesordnungspunkt 3 beraten. Es wird das Einvernehmen der Konferenzmitglieder hinsichtlich der veränderten Tagesordnung festgestellt. Die Parlamentarische Konferenz stimmt einer Live-Übertragung der Sitzung zu. Die Vorsitzende Prof. Dr. Liedtke weist darauf hin, dass die Aufzeichnung nachträglich auf den Websites beider Parlamente zur Verfügung gestellt wird.

Zu TOP 1:

Einleitend begrüßt Herr Berndt, Co-Geschäftsführer der Betreibergesellschaft des „Startblocks B2“, EGC Entwicklungsgesellschaft Cottbus mbH, die Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Die Leiterin des Gründungszentrums, Frau Reichenbach, stellt das Gründungszentrum „Startblock B2“ kurz vor. Anschließend hält der Oberbürgermeister der Stadt Cottbus, Herr Schick, ein Grußwort.

Zu TOP 2:

Abgeordnete Dr. Brinker (AfD, Berlin) begründet die zu Tagesordnungspunkt 2 „Zusammenarbeit in der Innovations- und Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg“ eingereichte Vorlage (Anlage 2.1).

Es folgen einleitende Stellungnahmen von Frau Senatorin Giffey, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe des Landes Berlin, Herrn Dr. Freytag, Lausitz-Beauftragter des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg (Anlage 2.2) sowie der Präsidentin der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU), Frau Prof. Dr. p.h. habil. Grande.

Im Anschluss an die Aussprache der Fraktionen, stellt die Vorsitzende Prof. Dr. Liedtke die Kenntnisnahme der Vorlage fest. Im Einvernehmen der Konferenz wird die Vorlage an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe des Abgeordnetenhauses von Berlin sowie den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landtages Brandenburg weitergeleitet.

Zu TOP 3:

Abgeordneter Domres (Die Linke, Brandenburg) und Abgeordnete Dr. Brinker (AfD, Berlin) begründen die jeweils zu Tagesordnungspunkt 3 „Wassermanagement in Berlin - Brandenburg“ eingereichten Vorlagen (Anlagen 3.1 und 3.2).

Frau Senatorin Schreiner, Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt des Landes Berlin, und Herr Minister Vogel, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg nehmen sodann Stellung. Anschließend führen Herr Tiefensee, Leiter der Abteilung „Public Affairs“ bei den Berliner Wasserbetrieben sowie Herr Pencereci, Geschäftsführer des Landeswasserverbandstages Brandenburg zum Thema aus.

Im Anschluss an die Aussprache der Fraktionen, stellt die Vorsitzende Seibeld die Kenntnissnahme der Vorlagen sowie das Einvernehmen hinsichtlich der Weiterleitung an den Ausschuss für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt des Abgeordnetenhauses von Berlin sowie den Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landtages Brandenburg fest.

Zu TOP 4:

Herr Prof. Dr. Stapperfend, Präsident des Finanzgerichtes Berlin-Brandenburg, informiert über die Aufgaben, Arbeitsweise, Organisation und Herausforderungen des gemeinsamen oberen Landesgerichtes der Länder Berlin und Brandenburg für die Finanzgerichtsbarkeit. Nachdem die Nachfragen der Konferenzmitglieder beantwortet wurden, wird Punkt 4 der Tagesordnung abgeschlossen.

Zu TOP 5:

Die Vorsitzende Prof. Dr. Liedtke erläutert, dass die Fraktion Die Linke Brandenburg Fragen in Bezug auf die Kooperationsrahmenvereinbarung Berlin-Brandenburgs im Geschäftsbereich der Bildungsverwaltungen Berlin und Brandenburg eingereicht habe. Sie schlägt vor, die Fragen an das zuständige Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg mit der Bitte um schriftliche Beantwortung weiterzugeben.

Aufgrund der im Herbst dieses Jahres anstehenden Wahl zum Landtag Brandenburg stellt die Vorsitzende Prof. Dr. Liedtke Einvernehmen dahingehend fest, dass ein neuer Termin für die nächste Parlamentarische Konferenz Berlin-Brandenburg erst nach erfolgter Bestätigung der Konferenz durch den Landtag Brandenburg festgelegt werden soll.

Anlage/n:

Zu TOP 2:

- 2.1 Vorlage der AfD-Fraktion
- 2.2 Präsentation des Lausitz-Beauftragter des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg

Zu TOP 3:

- 3.1 Vorlage der Fraktion Die Linke
- 3.2 Vorlage der AfD-Fraktion



Vorlage für die 5. Sitzung der Parlamentarischen
Konferenz Berlin - Brandenburg am 15. April 2024, 10-13 Uhr in Cottbus

TOP 3: Zusammenarbeit in der Innovations- und Wirtschaftsregion Berlin- Brandenburg


Die Parlamentarische Konferenz wolle beschließen:

Das Konzept der Mindestquoten für Flächen zur Ausweisung von Gebieten für Großwindkraftanlagen aus dem „Wind-an-Land-Gesetz“ des Bundes führen zu unwirtschaftlichen, umweltschädlichen, landschaftsbildzerstörenden und die Versiegelung erhöhenden Projekten, wie beispielsweise dem Projekt „Windpark Altdorfer Wald“ in Baden-Württemberg. Dort sollen in einem nur schwach windhöffigen Waldgebiet mit hohen Kosten von 281 Millionen Euro, mit enormer Versiegelung und der Inanspruchnahme von 8.200 Hektar Wald, 39 Anlagen mit 285 Metern Höhe errichtet werden, nur um dem „Wind-an-Land-Gesetz“ Genüge zu tun.

Auch in Brandenburg entstehen industrielle Windparks, um die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen. In Berlin drohen Wälder in Anspruch genommen zu werden, die seit über 100 Jahren, seit 1915, durch den Dauerwaldvertrag für immer geschützt sein sollten. Die Erfüllung einer bundesrechtlichen Pflicht darf nicht mit vertraglichem Rechtsbruch erkaufte werden. Die wenigen Flächen in Berlin, die sich überhaupt für die Errichtung von Großwindkraftanlagen eignen, liegen am Rand der Stadt, im Nordosten.

Die Parlamentarische Konferenz unterstützt deshalb eine Bundesratsinitiative des Landes Berlin und des Landes Brandenburg sowie weiterer Bundesländer und Stadtstaaten, um das Gesetz auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls komplett zu streichen.

Dabei muss für Berlin gelten was auch für München, Köln oder Frankfurt am Main gilt: Wenn das Stadtgebiet keine sinnvollen zusätzlichen Flächen für Windenergie hergibt, dürfen diese auch nicht verpflichtend sein. Andererseits dürfen umliegende Bundesländer wie Brandenburg nicht in zusätzliche Pflicht genommen werden. Es ist abzulehnen, wenn Bundesländer ihre Verpflichtungen durch Staatsverträge teilweise auf andere Bundesländer abwälzen wollen. Ein Gesetz darf nur eine Flächenausweisung einfordern, die in der Realität auch realisiert werden kann, ohne Landschaftsbildzerstörung, Umweltzerstörung, übermäßiger Flächenversiegelung, Geldverschwendung und das Risiko der Destabilisierung der Energieversorgung.



Zusammenarbeit in der Innovations- und Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg

Dr. Klaus Freytag
Lausitz-Beauftragter des Ministerpräsidenten
Staatskanzlei des Landes Brandenburg

15.04.2024 | 5. Sitzung ParlKBB



Eine Region,



seit über 30 Jahren im Strukturwandel



Finanzierungsgrundlage der Strukturstärkung

Investitionsgesetz Kohleregionen – InvKG

40 Mrd. € bis 2038

davon

17,2 Mrd. € für das Lausitzer Revier (SN/ BB)

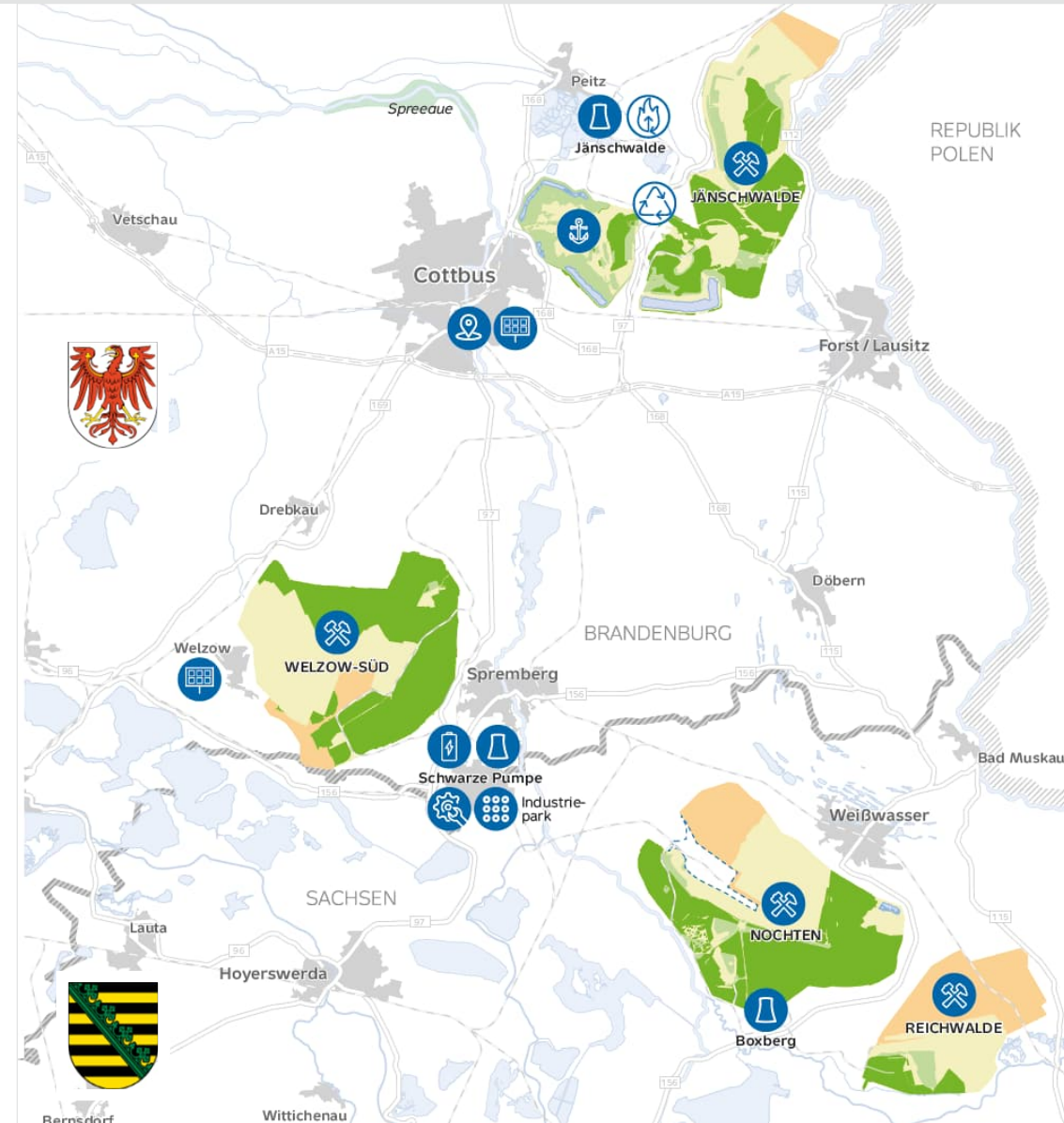
Anteil BB - Arm 1 und Arm 2
insgesamt:

10,32 Mrd. €

Anteil SN insgesamt:

10,04 Mrd. €

davon Lausitzer Revier 6,88 Mrd. €



9 Förderbereiche InvKG Arm 1 – 73 regionale Projekte

Gewerbegebiet IGG "Am Spreewalddreieck"



Wirtschaftsnahe Infrastruktur

Olympiastützpunkt – Sportzentrum Cottbus



Stadt- und Regionalentwicklung

CHESCO – Zentrum für hybridelektrisches Fliegen



Forschung, Innovation

Ladegleis Königs Wusterhausen



Verkehr

Digitalisierung des CTK Cottbus



Digitalisierung

Wasserstoffbusse und Tankstelle Cottbus



Klima- und Umweltschutz

Pflegeschule Forst (Lausitz)



Öffentliche Fürsorge

Infozentrum Wasserreich Spree



Touristische Infrastruktur

Phosphorrecycling aus Klärschlamm



Naturschutz und Landschaftspflege

Leuchtturmprojekte – Bahnwerk Cottbus – DB Fahrzeuginstandhaltung

Industriearbeitsplätze



Das Neue Werk Cottbus als das modernste Instandhaltungswerk im Gesamtgefüge der DB.

> 1.200 hochqualifizierte und neue Arbeits- und Ausbildungsplätze am Standort Cottbus

> Ausbildungskooperation LEAG und DB AG zur Sicherung der Ausbildungsstätte Jänschwalde



Leuchtturmprojekte – Medizinische Universität Lausitz - Carl Thiem

Modellregion Gesundheit



Medizinische Universität Lausitz –
Carl Thiem als Kern der
Modellregion Gesundheit Lausitz
mit dem Digitalen Leitkrankenhaus

Aufbau einer medizinischen
Universität zur Medizinerbildung
ab 2026/2027

- Forschungsschwerpunkt auf
Gesundheitssystemforschung

> Investitionsvolumen:
ca. 2,1 Mrd. Euro



*Gemeinsam Behandeln
Gemeinsam Pflegen
Gemeinsam Forschen*

Leuchtturmprojekte – Lausitz Science Park

Forschung und Wissenschaft

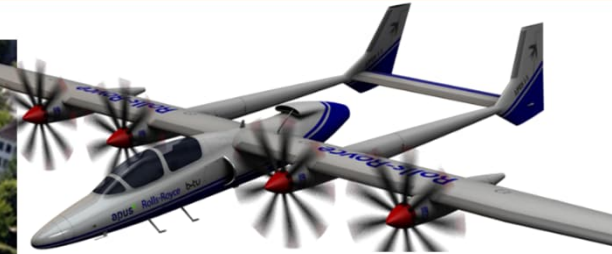
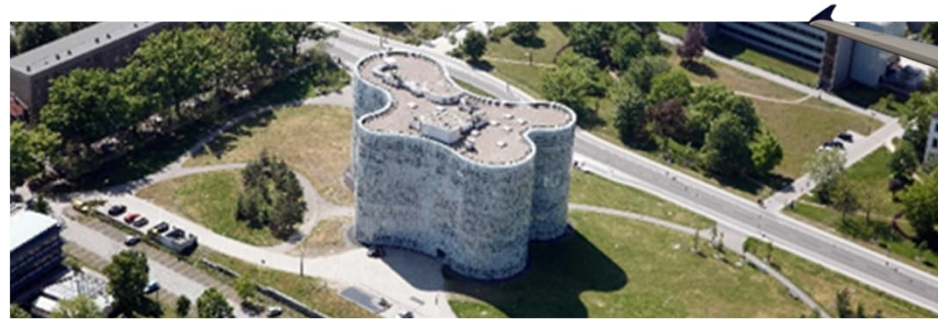


Profil

Vier Profillinien stehen im
Mittelpunkt des LSP:

- „Energiewende und Dekarbonisierung“
- „Gesundheit und Life Sciences“
- „Globaler Wandel und Transformationsprozesse“
- „Künstliche Intelligenz und Sensorik“

> Investitionsvolumen:
ca. 950 Mio. Euro



DLR-Institut

für Elektrifizierte Luftfahrtantriebe

Fraunhofer

für Energieinfrastruktur und Geothermie

iCampus

Innovationscampus Elektronik und Mikrosensorik

SpreeTec neXt

Fertigungstechnologien für Komponenten & Systeme der dezentralen Energietechnik

EIZ

Energie-Innovationszentrum

COLab

zur Stärkung der Innovationsfähigkeit & Gründungsgeschehens der BTU

CHESCO

Center for Hybrid Electric Systems Cottbus

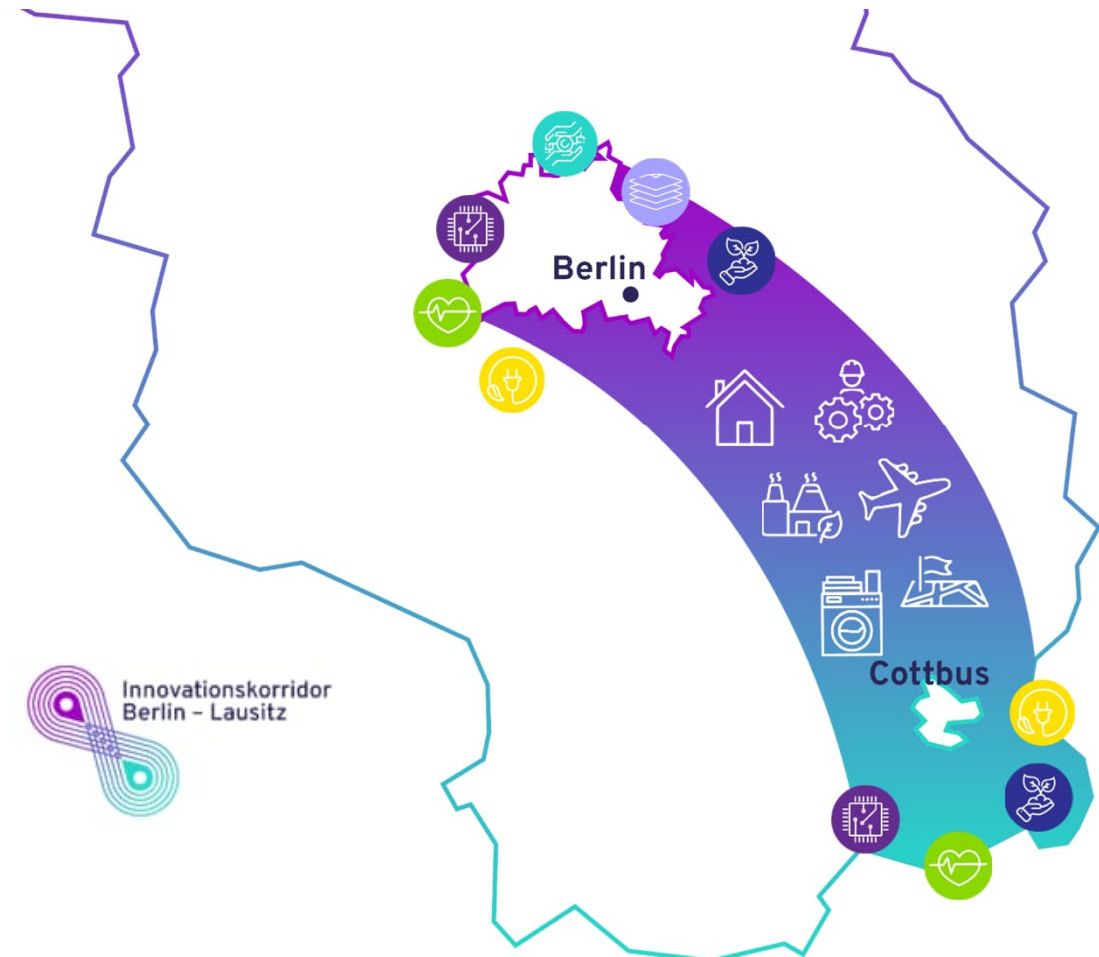
DLR-Institut

für CO₂-arme Industrieprozesse

Carbon Lab Factory Lausitz

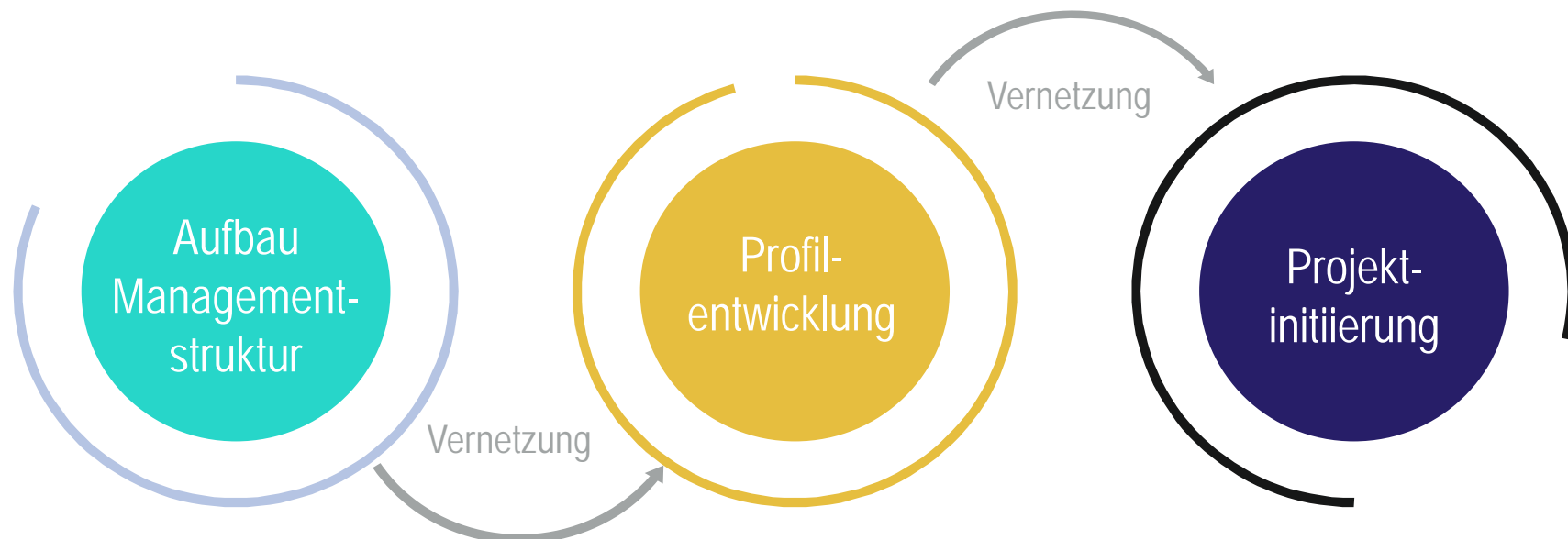
Schlüsseltechnologie Carbonfaserleichtbau

Ziel: Entwicklung einer europaweit führenden Region für Wissenschaft, Wissenstransfer und wissensbasierte Industrie – und eines Sehnsuchtsortes für Talente.



Die Ausgangslage

Ein Kabinettsbeschluss vom März 2022 beinhaltet drei große Zielstellungen:



Entwicklung des Lausitz Science Park nach dem Vorbild Technologiepark Berlin – Adlershof

Zwei wichtige Player an den zentralen Entwicklungspolen.



Über die WISTA Management GmbH:
Die WISTA ist eine landeseigene Gesellschaft in Berlin und erfahrene Wirtschaftsförderin, Standortentwicklerin und Dienstleisterin. Sie stärkt an der Schnittstelle von Wissenschaft und Wirtschaft das wirtschaftliche Fundament der Hauptstadt.



Über die Wirtschaftsregion Lausitz GmbH:
Die WRL ist eine seit Juni 2020 aktive Strukturentwicklungsgesellschaft mit der Aufgabe, den Strukturwandel in der brandenburgischen Lausitz zu organisieren und zu steuern. Ziel ist die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit der Lausitz.

Meilenstein Bestandsanalyse

(Kooperationsschwerpunkt Gewerbe/Wohnen)

Veröffentlichung im April 2024



Ausblick 2024

- Etablierung Profil Energiewendelösungen
- Initiierung von Kooperationen und Projekten
- Netzwerkveranstaltungen
- Unternehmensbesuche
- Begleitung Schlüsselprojekte
- Infrastrukturmaßnahmen identifizieren
- Kommunikation für mehr Zuversicht & Toleranz





Magazinstraße 28
03046 Cottbus

Dr.-Ing. Klaus Freytag
Tel. 0355 494634 10

lausitz@stk.brandenburg.de

www.lausitz-brandenburg.de



Vorlage der Linksfraktionen von Berlin und Brandenburg für die 5. Sitzung der Parlamentarischen Konferenz Berlin-Brandenburg

TOP 1 Wassermanagement in Berlin - Brandenburg

Berlin-Brandenburg ist als Modellregion für nachhaltiges Wasserressourcenmanagement zu etablieren.

Als Bestandteile dieser Modellregion sind umzusetzen:

1. Eintragungen von Wassernutzungen ins elektronische Wasserbuch in Brandenburg sind zu vervollständigen, weil sie bisher nur sehr unvollständig eingetragen sind. Hierzu sind entweder die unteren Wasserbehörden zur Eintragung zu verpflichten oder das Wasserwirtschaftsamt hat die Eintragungen zu übernehmen.
2. Eine grundlegende Überarbeitung der Grundwasserbilanzierungen in Brandenburg.
3. Bei sämtlichen wasserwirtschaftlichen Planungs- und Genehmigungsvorgängen sind die Wassernutzungen im anderen Bundesland zu berücksichtigen, sofern länderübergreifende Wasserkörper betroffen sind.
4. Einführung eines „Wasserchecks“ im Vorfeld von Industrieansiedlungen, indem die Wasserverfügbarkeit für potenzielle Gewerbestandorte ermittelt und bei der Anwerbung und Standortberatung von Unternehmen frühzeitig berücksichtigt wird.
5. Die Erarbeitung der fachlichen Grundlagen für politische Entscheidungen zur Zukunft des Wasserhaushaltes in der Spree (Überleiter, Speicherbecken) muss wesentlich beschleunigt werden, weil dies eine wichtige Voraussetzung sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung in der Lausitz als auch für die perspektivische Trinkwasserversorgung von Berlin ist, die bisher erst für 2027 geplant sind.
6. Absage an vermeintlich schnellen und kostengünstigen Lösungen zur Entsalzung von Ostseewasser und des Transports des Wassers über Pipelines nach Berlin. Brandenburg und Berlin haben die Problematik des Wassermanagements gemeinsam zu lösen.
7. Einführung eines Oberflächenwasserentnahmeentgelts – wie es in Brandenburg bereits existiert – für Berlin prüfen.
8. Das Berliner Grundwasserentnahmeentgelt ist neu zu ordnen. Ein Transparenzregister für die Öffentlichkeit zur Erfassung aller Wassergroßkund:innen ist einzuführen. Preistransparenz und Gebührenstabilität für die privaten Endabnehmende ist zu gewährleisten.
9. Die Nutzung von Grauwasser, wie Regenwasser insbesondere für Toilettenspülungen, ist im Neubau als Pflicht einzuführen.
10. Einführung einer Pflicht zur Umsetzung von Maßnahmen der dezentralen Regenwasserbewirtschaftung auch für den Gebäudebestand.

11. Überprüfung der Pachtverträge für Golfplätze auf landeseigenen Flächen und die perspektivische Umwidmung der Plätze in Naturparks.

12. Vorlage des Meilensteinplans für die Erarbeitung der Wasserstrategie sowie des Maßnahmenplans an die Parlamentarischen Konferenz Berlin-Brandenburg.

Berlin, den 11. April 2024

Fraktion Die Linke im
Abgeordnetenhaus von Berlin

Carsten Schatz

Die Linke Fraktion im
Landtag Brandenburg

Thomas Domres



Vorlage für die 5. Sitzung der Parlamentarischen
Konferenz Berlin - Brandenburg am 15. April 2024, 10-13 Uhr in Cottbus

TOP 2: Wassermanagement in Berlin-Brandenburg

Die Parlamentarische Konferenz stellt fest:

Bei der Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg in Angelegenheiten des Wassermanagements ist eine enge räumliche und sachliche Zusammenarbeit und koordiniertes Vorgehen, unter angemessener Beteiligung des Landes Sachsen und des Umweltbundesamtes, von entscheidender Bedeutung.

Die überregionale Problemstellung ist lange bekannt, und betrifft beide Bundesländer. Der Braunkohletagebau in der Lausitz, betreffend die Bundesländer Brandenburg und teils auch Sachsen, bringt über Jahrzehnte eine Aufgabenstellung mit sich die sowohl das Management des Oberflächenwassers aus auch der Grundwasserkörper im gesamten Tagebauggebiet betrifft. Hierzu wurde in der Vergangenheit Wasser aus den jeweiligen Grundwasserkörpern im Tagebauggebiet in Größenordnungen von ca. insgesamt 60 Milliarden m³ in die Spree abgeführt. Dieses Wasser, teils trotz gegenwirkender Maßnahmen stark sulfatbelastet, kam und kommt in Berlin an und dient als Uferfiltrat maßgeblich der Berliner Wasserversorgung.

Problemstellung der Zukunft ist, die politisch gewünschte schrittweise Beendigung des Tagebaus wasserwirtschaftlich so zu managen dass die Spree nicht, sinnbildlich gesprochen, „trockenfällt“. Konkurrierende Interessen des Landes Brandenburg an der Wiedervernässung in den früheren Tagebaugebieten der Lausitz und der Bildung einer Nach-Tagebau-Seenlandschaft steht das Land Berlin mit dem Bedürfnis einer stabil mit möglichst sulfatarmem Wasser versorgten Spree gegenüber.

Hierzu haben beide Bundesländer unter Einbeziehung der sächsischen Anteile am Tagebau in gerechter Lastenverteilung dafür zu sorgen, dass die erforderliche Infrastruktur aus Speicherausbau, auch durch Schaffung neuer Gewässer (Stichwort Cottbusser Ostsee), durch Wasserüberleitung und Grundwasserableitung im Rahmen eines strukturierten und koordinierten Wassermanagements schrittweise bis zum Jahr 2038 auf- und ausgebaut wird.

Die Parlamentarische Konferenz begrüßt daher die Ankündigung eines Maßnahmenplans durch die beiden Landesregierungen, empfiehlt aber eine enge Zusammenarbeit mit dem Bundesumweltamt als Fachbehörde. Arbeiten des Senats von Berlin und der Berliner Wasserbetriebe, die mit dem Thema bereits befasst sind, sind fortzusetzen und zu koordinieren mit den entsprechenden Dienststellen und Institutionen im Land Brandenburg, hier insbesondere die kommunalen Wasser- und Abwasserzweckverbände, die Bodenverbände, die Landkreise und das Landesumweltamt (LUA).